

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Landtag 9. Wahlperiode, 1975-1976

18.07.1978 - Drucksache 9/830

Antrag der Fraktion der SPD

Schutz der Bevölkerung gegen austretende Radioaktivität bei Atomkraftwerksunfällen

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Aufgrund der in den letzten Tagen bekanntgewordenen Unfälle an Atomkraftwerken (z. B. Brunsbüttel, Geesthacht), bei denen die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung der Umwelt in größerem Umfange denkbar war, wird der Senat aufgefordert, der Bürgerschaft (Landtag) einen Bericht zu geben,

- a) in welchem Umfange er Gefahren durch ähnliche Unfälle im Falle einer Inbetriebnahme des Kernkraftwerkes Esenshamm für die Umwelt im Lande Bremen sieht,
- b) welche Pläne er zum Schutz der Bevölkerung im Lande Bremen vorbereitet hat für den Fall, daß aus dem Kernkraftwerk Esenshamm Radioaktivität unkontrolliert austritt,
- c) ob er nach dem Unfall in Brunsbüttel zu der Auffassung gelangt, daß beim Betrieb von Kernkraftwerken bisher nicht genügend berücksichtigte erhebliche Risiken durch menschliches Versagen vorhanden sind und welche Schlußfolgerungen daraus für den Betrieb des Kernkraftwerkes Esenshamm gezogen werden.

Tepperwien, Schmidt, Kähler und Fraktion der SPD

Antrag der Fraktion der SPD

Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. In dem im letzten Tag der letzten Sitzung des Landtages verabschiedeten Entwurf des Gesetzes über die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen (Landtag Nr. 10/1977) ist die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen im Falle einer Unfälle im Zusammenhang mit der Erzeugung von Elektrizität durch Kernkraftwerke im Bereich des Landes Bremen zu regeln.

2. In dem Entwurf des Gesetzes über die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen (Landtag Nr. 10/1977) ist die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen im Falle einer Unfälle im Zusammenhang mit der Erzeugung von Elektrizität durch Kernkraftwerke im Bereich des Landes Bremen zu regeln.

3. In dem Entwurf des Gesetzes über die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen (Landtag Nr. 10/1977) ist die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen im Falle einer Unfälle im Zusammenhang mit der Erzeugung von Elektrizität durch Kernkraftwerke im Bereich des Landes Bremen zu regeln.

4. In dem Entwurf des Gesetzes über die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen (Landtag Nr. 10/1977) ist die Durchführung der Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung gegen ausstrahlende Radioaktivität bei Atomkraftwerkunfällen im Falle einer Unfälle im Zusammenhang mit der Erzeugung von Elektrizität durch Kernkraftwerke im Bereich des Landes Bremen zu regeln.

Landtag der Bremischen Bürgerschaft, 18. Juli 1978